

PROTOKOLL

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau
-Videokonferenz- am Mittwoch, den 17.02.2021,
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: UKSuT/020/2021
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 21:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

George Trenkler

Mitglied CDU-Fraktion

Werner Altemöller

Karl-Heinz Gerling

Günter Oberschmidt

Michael Weßler

Mitglied SPD-Fraktion

Karin Kattner-Tschorn

Uwe Plaß

Bernhard Schürmann

Vertretung für Horst Ballmeyer

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Silke Meier

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Mittelberg

Mitglied FDP-Fraktion

Heinrich Thöle

Hinzugewählte

Fritz Mithöfer

Volker Tiemeyer

von der Verwaltung

Stadtbaurat Frithjof Look

Dipl.-Ing. Thomas Große-Johannböcke

B.Eng. Thilo Richter

Steffen Diener

Dipl.-Ing. (FH) Udo Jakobs-Lüken

Host-Betreuung

ProtokollführerIn

Marina Huning

Zuhörer

Presse

Zuhörer

Frau Muck

7

Abwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Horst Ballmeyer

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Unterjähriger Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 31.10.2020 der Teilhaushalte 602, 660 und 700
Vorlage: 01/2021/0047
- TOP 7 Haushaltsberatung 2021-2022; Teilhaushalt 660 Tiefbauamt
Vorlage: 01/2021/0013
- TOP 8 Haushaltsberatung 2021-2020; Teilhaushalt 700 Baubetriebsdienst
Vorlage: 01/2021/0022
- TOP 9 Haushaltsberatung 2021-2022; Teilhaushalt 670 Umweltbüro
Vorlage: 01/2021/0024
- TOP 10 Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung
Vorlage: 01/2021/0035
- TOP 11 Richtlinie "Lastenräder" zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0029
- TOP 12 Antrag CDU/FDP-Gruppe: Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung, Festlegung von Ausbaustandards, Erstellung Prioritätenliste für Straßenausbauten nebst Klärung von Erschließungsbeitragspflichten u.ein Moratorium für Straßenausbau
Vorlage: 01/2021/0010
- TOP 13 Antrag der CDU/FDP-Gruppe: Für ein "sauberes Melle" hier: Informationskampagne "Keine Kippen auf den Boden"
Vorlage: 01/2021/0031
- TOP 14 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Förderprogramm Regenwasser-Nutzung
Vorlage: 01/2021/0032
- TOP 15 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Trenkler begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Zuhörer sowie die Pressevertreterin Frau Muck. In diesem Zusammenhang macht er darauf aufmerksam, dass die Sitzung aufgezeichnet wird. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Herr Trenkler bittet die Bürgerinnen und Bürger um ihre Fragen. Herr Holger Karl, Sprecher der Bürgerinitiative „Oldendorf beruhigen“, bittet um Unterstützung für die Anliegen der Initiative und warb um Unterstützung durch den Ortsrat in Oldendorf. Zudem seien Schreiben der Initiative an die Stadt Melle nicht beantwortet. Des Weiteren berichtet er, dass es 2020 eine versteckte Geschwindigkeitsmessung an der „Bad Essener Straße“ gegeben habe, das Ergebnis solle bald vorliegen. Die Bürgerinitiative erhoffe sich dadurch, dass bewiesen werde, dass sie einer hohen Belastung durch schnelle Autos und Motorräder ausgesetzt sind würden.

Herr Trenkler dankt für den Beitrag und bestätigt, dass Ortsrat und Verwaltung um die Problematik wissen und sich in ihrem Ermessen um die Angelegenheit kümmern werden.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Trenkler erklärt, dass die Tagesordnung um zwei Punkte ergänzt wurde und sich dadurch die anderen Tagesordnungspunkte verschoben. Neu eingefügt wurden die Ergänzung des Tagesordnungspunktes 9 Haushaltsberatung 2021-2022, Teilhaushalt 670 Umweltbüro, Vorlage 01/2021/0024 um den gemeinsamen Antrag zum Haushalt 2021/2022 und des Tagesordnungspunktes 11 Richtlinie Lastenräder zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Melle, Vorlage 01/2021/0029

Herr Weißler merkt an, dass seine Fraktion die Richtlinie Lastenräder gerne noch interfraktionell beraten würde. Er zweifelt die fristgerechte Antragsstellung zum Tagesordnungspunkte 11 an.

Frau Meier erklärt, dass der Antrag per E-Mail am 09.02.2021 um 16:31 Uhr beim Bürgermeister eingegangen sei und zeitgleich die Fraktionsvorsitzenden informiert wurden. Somit sei der Antrag fristrecht eingegangen.

Die Tagesordnung wird sodann festgestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls

Zu den Protokollen der 17. und 18. Sitzung des Ausschusses werden keine Änderungen durch das Gremium verlangt.

Die Ausschussmitglieder genehmigen die Protokolle der 17. und 18. Sitzung des Ausschusses.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Look gibt zur Kenntnis, dass die Projektskizze für den Grönenbergpark, die bereits im Ortsrat Melle-Mitte diskutiert und im Verwaltungsausschuss beauftragt wurde, fristgerecht gestellt wurde.

Herr Richter erklärt, dass die erforderlichen Arbeiten an städtischen Bäume extern ausgeschrieben wurden. Vorbehaltlich des positiven Beschlusses im Verwaltungsausschuss sollen zum 1. März externe Firmen beauftragt werden, um notwendige Arbeiten im Rahmen des Baumkatasters und der damit verbundenen Verkehrssicherung durchzuführen.

Zum Amphibienschutz erklärt Herr Richter, dass 2020 insgesamt 22 Wanderstellen eingerichtet und etwa 19.000 Amphibien eingesammelt wurden. Etwa 70 Helfer waren im Einsatz. Einen ähnlichen Aufwand erwartet er auch für 2021. Herr Richter und Herr Große-Johannböcke weisen auf Nachfrage darauf hin, dass die Arbeiten im letzten wie in diesem Jahr Corona konform möglich seien. Auf den Einsatz der Feuerwehr müsse jedoch verzichtet werden. Herr Richter dankt allen ehrenamtlichen Helfern für ihr Engagement.

Herr Tiemeyer erklärt, dass das Efeu an einigen städtischen Bäumen abgeschnitten wurde und unterstrich die hohe Wertigkeit von Efeu für den Artenschutz. Er bittet darum, dass insgesamt mit dem Efeu sensibler umgegangen wird und sowohl Bauhof wie auch externe Firmen informiert würden.

Herr Große-Johannböcke weist darauf hin, dass es weiterhin Personalprobleme im Tiefbauamt gäbe. Eine erste Stellenausschreibung für die Wiederbesetzung einer Stelle führte zu keinem Ergebnis, so dass es eine zweite Ausschreibung erfolgte.

Herr Trenkler bedankt sich bei den Vortragenden und vor allem bei den ehrenamtlichen Helfern im Bereich des Umweltschutzes.

TOP 6 Unterjähriger Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 31.10.2020 der Teilhaushalte 602, 660 und 700 Vorlage: 01/2021/0047

Herr Trenkler erklärt, dass der Bericht zur Kenntnisnahme in den Ausschuss gegeben wurde. Es gibt keine Nachfragen durch das Gremium.

Der nachfolgende Sachverhalt wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

TOP 7 Haushaltsberatung 2021-2022; Teilhaushalt 660 Tiefbauamt Vorlage: 01/2021/0013

Herr Große-Johannböcke erklärt, dass im Teilhaushalt Maßnahmen aufgenommen wurden, die mit dem Amt für Finanzen vorbereitet wurden. Er stellt den Teilhaushalt für das Tiefbauamt zur Diskussion.

Herr Weißler erklärt, dass der Haushaltsentwurf mit in die Fraktionen genommen und dort weiter beraten werde. Insgesamt wird der Teilhaushalt zur Kenntnis genommen.

Frau Meier fragt nach, ob das Budget für den Winterdienst nach dem Schneeeinbruch am ersten Februarwochenende noch ausreichend sei.

Herr Große-Johannböcke erklärt, dass der Bereich Winterdienst neu in den Aufgabenbereich des Tiefbauamtes überführt wurde.

Herr Look erklärt dazu, dass durch Umstrukturierungen im Baubetriebsdienst verschiedene Produkte wieder in die Fachämter gegeben werden. Er führt aus, dass ab 2021 die Fachämter die Produkte wieder in der Verantwortung hätten und der BBD die Aufträge ausführe.

Für den Winterdienst könne das veranschlagte Budget in diesem Winter nicht ausreichen. Unterjährig würden Deckungsvorschläge erarbeitet. Dies sei aber nicht ungewöhnliches.

Der nachfolgende Sachverhalt wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

**TOP 8 Haushaltsberatung 2021-2020; Teilhaushalt 700
Baubetriebsdienst
Vorlage: 01/2021/0022**

Herr Schürmann lobt, dass er positiv zur Kenntnis nähme, dass der Baubetriebsdienst durch die Investitionen in Maschinen leistungsfähiger würde.

Herr Weßler begrüßt, dass der BBD maschinell aufgerüstet würde, gibt aber zu bedenken, dass entsprechendes Personal vorhanden und geschult sein müsse. Er erinnert an das Votum, auch die Stellen der Gemeindearbeiter auf eine zweite volle Stelle aufstocken zu wollen. Er bat um Berücksichtigung bei den Haushaltsberatungen.

Herr Look erinnert an die im Verwaltungsausschuss vorgestellte Zeitplanung zum Baubetriebsdienst und legte die nötigen Schritte dar.

Frau Kattner-Tschorn unterstützt die Forderung von Herrn Weßler für eine zweite volle Gemeindearbeiterstelle, da sich Gesmold und Oldendorf eine Stelle teilen.

Herr Thöle betont, dass die maschinelle Aufstockung sinnvoll sei. Die Umstrukturierung des Baubetriebsdienstes habe verschiedene Gremien bereits beschäftigt. Er betont aber auch, dass Änderungen im Baubetriebsdienst nun vollzogen werden müssen.

Der nachfolgende Sachverhalt wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

**TOP 9 Haushaltsberatung 2021-2022; Teilhaushalt 670 Umweltbüro
Vorlage: 01/2021/0024**

Herr Trenkler stellt den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen vor.

Herr Oberschmidt begrüßt den Konsens und bedankt sich bei allen Beteiligten.

Für Herrn Thöle ist noch fraglich, wie die künftige Stellenbeschreibung aussehen soll. Ob eine Beschränkung auf den Klimaschutz in Zusammenarbeit mit Herrn Jakobs-Lüken sinnvoll sei oder auch andere Arbeiten im Aufgabenbereich von Herrn Richter von der neuen Stelle wahrgenommen werden könnten, stelle er zur Diskussion. Ihm sei ein flexibler Arbeitseinsatz in beiden Bereichen wichtig.

Frau Meier bescheinigt einen intensiven Austausch über den Antrag und erklärt, dass auch die Stellenbeschreibung in diesem Zusammenhang beraten wurde. Sie zeigt sich erfreut, dass im Haushaltsplan bereits Investitionsmittel für die Neupflanzung von Bäumen und die Fortführung von Kompensationsflächen eingestellt wurden. Sie fragt, ob die Summe bereits für den Austausch von abgängigen Bäumen durch die heißen Sommer der letzten Jahre angepasst wurde.

Herr Richter erklärt, dass die Finanzmittel für Ersatz- und Neupflanzung bedarfsgerecht angemeldet seien. Allerdings könne es auf Grund verschiedener Faktoren zu Anpassungen kommen.

Herr Schürmann betont, dass die Themen Umwelt und Klima umfassend und wichtig seien. Eine Aufgabe der neuen Stelle sollte sein, die Themen an die Bürger heranzutragen und diese einzubinden. Dazu seien qualifizierte Mitarbeiter wichtig.

Herr Trenkler erklärt abschließend, dass die Begründung für die Erweiterung der Stelle allen Mitgliedern des Gremiums vorliegt.

Herr Mittelberg gibt noch zu bedenken, dass der Arbeitsmarkt für Klimamanager hart umkämpft sei und sieht es daher positiv, dass alle dem Beschluss zugestimmt haben. Er wünsche sich, dass bei einem Misserfolg bei der Stellenbesetzung trotzdem weiter gesucht werde.

Der Sachverhalt wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

TOP 10 Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung **Vorlage: 01/2021/0035**

Herr Große-Johannböcke gibt einen zeitlichen und inhaltlichen Umriss der vergangenen Jahre: Er erklärt, dass die Probleme in der Klärschlamm-trocknung seit Jahren bekannt seien. Im Sommer 2019 seien die Stadtwerke Georgsmarienhütte an die Stadt Melle herangetreten und hätten einen Vorschlag zur interkommunalen Zusammenarbeit für eine Trocknungsanlage unterbreitet. Im September 2019 wurde von vier Kommunen ein Letter of Intent unterzeichnet. In der Folge wurden ein technischer und ein kaufmännischer Arbeitskreise gegründet. Am 25.08.2020 wurden im Forum den politischen Vertretern aller Kooperationsteilnehmer die Ergebnisse der Arbeitskreise vorgestellt und ausführlich diskutiert. Etwa 60 Vertreter aus allen Kommunen waren anwesend.

Zu den Planungen erklärt er, dass die sehr konservativ berechnet seien. Die wesentlichen Aspekte der vorgeschlagenen Variante beinhalte:

- langfristige Entsorgungssicherheit,
- zukünftige Themen, z. B. die Phosphatrückgewinnung,
- Mitnutzung von Wärme von Stahlwerk würde nicht berücksichtigt,
- keine Berücksichtigung eventueller Fördermittel,
- Kapazitätsreserven wären berücksichtigt,
- geringer Preis für die Fremdschlammannahme wäre veranschlagt sowie
- Berücksichtigung des nicht mehr vorhandenen Engagements der Gemeinde Wallenhorst.

Trotz aller Aspekte sei die vorgeschlagene Variante der Kooperation immer noch wirtschaftlich. Weitere Einzelheiten könnten der Vorlage entnommen werden.

Herr Mittelberg erklärt, dass ihn der Brief des Unternehmers Huning nachdenklich gestimmt habe. Für ihn seien technische Details nicht nachprüfbar. Er müsste sich auf das Urteil der Verwaltung verlassen.

Den Vorteil in der Kooperation sehe er darin, dass es eine Risikoverteilung gäbe und Einnahmen auch durch Fremdschlammannahme generiert würden. Bereits bestehende Gebäude und Einrichtungen könnten genutzt werden. Er sehe aber die Gefahr der Abhängigkeiten, wenn weiterhin ausgeschrieben würde und befürworte die Variante 1, also die Kooperation.

Herr Weßler sieht es positiv, dass durch die beiden Briefe der Stadt Georgsmarienhütte und Unternehmer Huning verschiedene Herangehensweisen aufgezeigt würden. Er gibt zu bedenken, dass die Investition nicht in Melle, sondern in Georgsmarienhütte vorgenommen würden. Zudem sagte er, dass bei einem Neubau einer großen Kläranlage für Melle-Mitte auch die Klärschlamm-trocknung incl. Faulturm und Fernwärmenutzung mitberücksichtigt werden könnte.

Er sieht weiteren Informationsbedarf, um eine Entscheidung treffen zu können.

Herr Schürmann sieht das „Heft des Handelns“ bei der Stadt Melle und wolle sich nicht abhängig machen von anderen Anbietern zur Klärschlamm-tentsorgung. Die Abwärme des Stahlwerkes sei eine Option und auch die Phosphorrückgewinnung sei schlüssig. Er sieht die Erfahrungen der Stadtwerke Georgsmarienhütte mit dem Thema positiv.

Herr Thöle hat Bedenken zum Beitritt zur interkommunalen Kooperation. Beide Briefe seien subjektiv zu bewerten.

Die Aussagen der Stadtwerke Georgsmarienhütte wolle er hinterfragen, da durch die Kooperation natürlich investiert würde.

Er zweifelt an, dass die Phosphatrückgewinnung mit Verbrennung dem aktuellen Stand der Technik entspreche.

Bei Ausschreibungen in regelmäßigen Abständen würde zudem stets das günstigste Angebot genommen. Die Bedingungen für die Ausschreibungen könnten durch die Stadt Melle hart festgelegt werden und dann das wirtschaftlichste Angebot angenommen werden. Er gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass Unternehmer in der Regel nicht auf fremden Grund investieren. Auch sei die Wärme durch das Stahlwerk nicht gesichert. Überkapazitäten seien auch bei der Kooperation möglich. Er erwarte daher, dass die Preise für die Klärschlamm-tentsorgung sinken würden.

Die Personalkosten hielt er bei der Kalkulation für zu gering.

Herr Gerling wünscht sich einen Fachmann, der die verschiedenen Optionen von unabhängiger Seite betrachtet und dann das Gremium entsprechend informiert.

Herr Weßler unterstützt diese Forderung, damit die politischen Gremien zu einer sicheren Entscheidung kämen.

Herr Altemöller bekräftigt dies.

Frau Meier erklärt, dass die Diskussion zur Kooperation bereits seit mehreren Jahren laufe. Die Kooperationspartner hätten ihre Beschlüsse bereits gefasst und warten auf das Votum aus der Stadt Melle. Ein Beschluss sollte gefasst werden, damit ein Ratsbeschluss bereits im März 2021 getroffen werden könne.

Herrn Weßler fehlt die fachliche Auseinandersetzung, da viel Geld investiert würde. Zeitdruck bestünde nach seiner Meinung nicht.

Herr Plaß sieht die interkommunale Zusammenarbeit positiv und gab zu bedenken, dass ggf. neu hinzugezogene Experten die Entscheidung weiter verzögern würden.

Herr Mittelberg teilt zwar die Bedenken der Ausschuss-Kollegen, hielt einen Experten aber für nicht notwendig. Er hätte ausreichend Informationen erhalten.

Herr Gerling wiederholt seinen Vorschlag eines neutralen Experten.

Herr Trenkler wirft die Frage auf, wie groß der zeitliche Druck für eine Entscheidung sei.

Herr Große-Johannböcke gibt zu bedenken, dass die Beschlussfassung bereits 2020 hätte erfolgen sollen und in Bezug auf die Klärschlamm Entsorgung durchaus zeitlicher Druck vorhanden sei. Die Ausschreibungen der eigenen kommunalen Verwertung müssen EU-weit erfolgen, die Submissionsergebnisse gingen kontinuierlich nach oben. Er gab zu bedenken, dass es bereits Kommunen gebe, die keine Angebote auf die Ausschreibung zur Klärschlamm Entsorgung erhielten. Er sehe in der Kooperation den Vorteil, der langfristigen Entsorgungssicherheit.

Herr Weißler berichtet, dass der Klärschlamm aus der Region bereits in den Süden gefahren würde und ein freier Markt für die Preise zur Entsorgung herrsche. Die Menge an Klärschlamm Entsorgungsmöglichkeiten würde sich vergrößern und bittet erneut um einen Aufschub der Entscheidung.

Herr Trenkler dankt für die Wortmeldungen und stellt den Beschluss zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Melle beteiligt sich an der interkommunalen Kooperation im Bereich der Klärschlamm Trocknung zusammen mit den Städten Georgsmarienhütte und Bramsche.

TOP 11 Richtlinie "Lastenräder" zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Melle Vorlage: 01/2021/0029

Herr Trenkler erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ihren Entwurf für die Förderrichtlinie Lastenräder zurückzieht und sich dem Vorschlag der Verwaltung anschließen.

Herr Look erläutert wesentliche Punkte des Verwaltungsentwurfes der Richtlinie. Er erklärt, dass die Förderung aufgrund der noch ausstehenden Genehmigung des Haushaltes erst zum 01.08.2021 in Kraft treten könne.

Für die Jahre 2021 und 2022 seien jeweils maximal 30.000 € Fördersumme vorgesehen.

Frau Meier begrüßt die neue Richtlinie und bittet um zwei Änderungswünsche. Zum einen solle eine Formulierung aufgenommen werden, die es ermöglicht, dass die jährliche Fördersumme von 30.000 € bei den drei Förderbudgets für die drei Förderobjekte auch gegenseitig übertragen werden können, sollte ein Förderschwerpunkt nicht ausgeschöpft werden können. Zum anderen bittet sie darum, die Förderung bereits im Frühjahr d. Jahres in Kraft zu setzen.

Herr Mittelberg ist sich sicher, dass die Förderung und deren Beantragung gegen Missbrauch geschützt sei und findet es sozial gerechtfertigt, dass auch gebrauchte Ware gefördert werden könne.

Herr Thöle bekräftigt, dass die Förderung aufgrund der ausstehenden Genehmigung des Haushaltes nicht vor August starten könne. Er plädiert dafür, die Einteilung der einzelnen Förderbudgets zu belassen und über die Richtlinie voranzusetzen, dass ein Kauf bei ansässigen Unternehmen zu tätigen sei.

Herr Schürmann empfindet das Förderbudget als ausgewogen und begrüßt ein Inkrafttreten zum 1. August 2021.

Herr Weßler regt an, auch Sharing-Produkte zu fördern. Grundsätzlich befürworte die CDU die Förderrichtlinie. Er bittet darum, den Beschluss aufgrund ausstehender interfraktioneller Abstimmungen zu einzelnen Kritikpunkten zu vertagen.

Herr Look verdeutlicht, dass eine Bewilligung von Anträgen erst erfolgen könne, sobald die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme des Amtes für Finanzen und Liegenschaften und verdeutlicht, dass durch die Fraktionen ein Deckungsvorschlag einzubringen sei.

Frau Meier fordert den Beschluss, dass die Mittel in den Haushalt eingebracht werden und bekräftigt ihre Forderung, dass die Förderung spätestens am 1. Mai beginnen solle. Zudem macht sie deutlich, dass über einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn nachgedacht werden solle. Der Bürger könne einen Antrag stellen, bekommt eine Bewilligung, aber mit dem Zusatz, dass die Förderung ggf. nicht gezahlt werden kann. Das Risiko eines Kaufes läge dann beim Bürger.

Herr Weßler bietet erneut an, die Förderrichtlinie interfraktionell zu beraten. Danach solle ein Beschluss gefasst werden. Er bittet darum, den Beschluss zu vertagen.

Frau Meier bittet um einen heutigen Beschluss der Richtlinie und bietet an, sich anschließend interfraktionell weiter zu beraten.

Herr Schürmann begrüßt eine interfraktionelle Beratung und erklärt seine Zustimmung.

Herr Thöle stellt den geforderten Beschluss in Frage. Vor dem Beschluss seien Änderungen aufzunehmen. Er halte eine Absichtsbekundung für sinnvoll.

Herr Altemöller spricht sich dafür aus, den Beschluss zu vertagen.

Herr Mittelberg bittet um einen heutigen Beschluss und eine weitere Beratung zu einzelnen Punkten.

Frau Meier bekräftigt erneut ihre Forderung nach einem heutigen Beschluss und schlägt vor, dass bis zur Ratssitzung im März interfraktionelle Beratungen über kleine Änderungen stattfänden.

Herr Oberschmidt bemängelt, dass die üblicherweise im Vorfeld stattfindende Beratung nicht erfolgt sei.

Frau Kattner-Tschorn befürwortet eine heutige Beschlussfassung.

Herr Trenkler stellt die Richtlinie „Lastenräder“ zum Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Melle beschließt die Förderrichtlinie „Lastenräder“ zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Melle gemäß Anlage 1.

TOP 12 Antrag CDU/FDP-Gruppe: Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung, Festlegung von Ausbaustandards, Erstellung Prioritätenliste für Straßenausbauten nebst Klärung von Erschließungsbeitragspflichten u.ein Moratorium für Straßenausbau Vorlage: 01/2021/0010

Herr Weißler erklärt, dass mit dem Antrag die Absicht bekundet wird, zu dem Thema eine Lösung zu finden. Es solle zukünftig eine verlässliche Planung für die Bürger geben. Er erklärt auch die notwendigen Hürden, insbesondere das Moratorium, um zu erarbeiten, in welchen Straßen zukünftig Beiträge noch zu erheben sind und wo eine End-Erschließung noch notwendig ist.

Er erhofft sich davon eine verlässliche Handhabung für zukünftige Straßenausbauten.

Herr Look stellt einen kurzen zeitlichen Ablauf dar. Das Straßenkataster wird über das Tiefbauamt erstellt. In ca. 1,5 bis 2 Jahren sei eine erste Auswertung möglich. Für die Abrechnung der Erschließungsbeiträge müssen die jeweiligen Ausbauprogramme angeschaut werden und ggf. ein Soll-Ist-Vergleich herangezogen und mit den alten Satzungen verglichen werden. Wenn diese technischen Fragen geklärt sind, sei das Erschließungsbeitragsrecht zu prüfen.

Insgesamt werde viel Aufwand erwartet.

Herr Schürmann begrüßt den Antrag der CDU/FDP-Gruppe. Er bittet jedoch darum, dass der Punkt 3 aus dem heutigen Antrag genommen werde und als gesonderte Vorlage beraten und beschlossen werde. Die Auflistung über noch nicht ersterschlossene Straßen würden den Ablauf der anderen Aufgaben erheblich stoppen.

Herr Mittelberg stimmt dem Antrag insgesamt zu. Er erklärt, dass Punkt 3 in dem Antrag verbleiben solle. Der Punkt müsse noch um die Konsequenz erweitert werden, was passiert, wenn die Auflistung vorliegt.

Punkt 4, das Moratorium, sei folgerichtig und konsequent. Insgesamt sei der Antrag gut gemacht, ausreichend flexibel gestaltet und er könne zustimmen. Unvermeidbare Ungerechtigkeiten könnten harmonisch abgewickelt werden.

Frau Meier betont, dass die begonnenen Maßnahmen unbedingt weitergeführt werden müssen. Sie wünscht sich die gebotene Sorgfalt und Tiefenschärfe für die Erarbeitung der Prioritätenliste und der einheitlichen Standards.

Herr Schürmann erklärt, dass er noch Klärungsbedarf zum Punkt 3 des Antrages habe.

Herr Thöle wünscht sich für die Aufhebung, dass diese möglichst gerecht verlaufe. Dazu gehöre unter anderem auch eine Auflistung der Straßen, die noch nicht ersterschlossen sind. Der Bürger muss wissen, ob er erschließungsbeitragspflichtig sei oder nicht.

Herr Gerling verdeutlicht, dass der Begriff „Ersterschlossen“ noch geklärt werden muss, insbesondere für sehr alte Straßen.

Frau Meier bezweifelt ebenfalls, dass abschließend geklärt werden könne, welche Straßen ersterschlossen seien. Sie plädiert dafür, auch den Punkt 4, das Moratorium, aus dem Antrag zu nehmen.

Herr Weißler befürwortet, dass die beiden Punkte 3 und 4 im Antrag verbleiben. Alle derzeit laufenden Maßnahmen sollten weitergeführt werden. Er betont, dass über den Antrag so abgestimmt werden solle.

Herr Look erläutert, dass die Erfassung der Ersterschließungsanlagen viel personelle Kapazität in der Verwaltung binden würde. Fraglich sei auch, wie lange das Moratorium gehen solle. Außerdem müsste bei dem Thema der Infrastrukturerhalt bedacht werden.

Herr Altemöller betont, dass die Satzung mit Punkt 3 und 4 umgesetzt werden sollten.

Herr Oberschmidt erklärt, dass die Punkte 3 und 4 im gesamten Antrag mit abgestimmt werden sollten. Sie bilden die Grundlage für die Möglichkeit, Ungerechtigkeiten auszugleichen. Manche Erschließungsanlagen ließen sich nicht bis ins letzte ergründen, aber es würde ein ausbaufähiger Zustand erarbeitet

Herr Trenkler schlägt vor, zunächst eine Abstimmung über den Antrag mit den Punkten 3 und 4 durchzuführen.

Die CDU/FDP-Gruppe hat mit Schreiben vom 28. Dezember 2020 folgenden Antrag gestellt:

Der Rat der Stadt Melle möge in seiner nächsten Sitzung folgenden Beschluss fassen:

1. Die Satzung der über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Melle wird aufgehoben. Hierfür beschließt der Rat der Stadt Melle die dem Antrag der UWGFraktion vom 27.02.2020 beigefügte Aufhebungssatzung.
2. Der Rat der Stadt Melle setzt eine Arbeitsgruppe ein, die folgende Zielsetzungen hat:
 - a) die Erarbeitung von einheitlichen Standards für zukünftig auszubauende Stadtstraßen;
 - b) die Erarbeitung von Kriterien für eine Prioritätenliste für den Ausbau städtischer Straßen;
 - c) die Erarbeitung einer konkreten Prioritätenliste für den zukünftigen Ausbau von Stadtstraßen sowie vorgelagert die Erarbeitung von tauglichen Kriterien, unter denen insbesondere der aktuelle Zustand der jeweiligen Straße unter besonderer Berücksichtigung etwaiger aktueller Sicherheitsrisiken durch Beschädigungen, ihre Nutzungsintensität und ihre Relevanz für die Schulwege Beachtung finden.
3. Neben der Erstellung einer Prioritätenliste wird die Verwaltung beauftragt, eine Auflistung aller Straßen im Stadtgebiet zu erstellen, die noch nicht ersterschlossen und damit ggf. erschließungsbeitragspflichtig wären.
4. Der Rat der Stadt beschließt zunächst ein Moratorium für alle derzeit für den Ausbau geplanten Straßenausbaumaßnahmen, die sich noch nicht in der Umsetzung befinden. Nach Definition der Ziele gem. Ziff. 2 werden dann die Maßnahmen nach

der Prioritätenliste abgearbeitet. Sämtliche Maßnahmen stehen dabei grundsätzlich unter einem Finanzierungsvorbehalt.

TOP 13 Antrag der CDU/FDP-Gruppe: Für ein "sauberes Melle" hier: Informationskampagne "Keine Kippen auf den Boden" Vorlage: 01/2021/0031

Herr Weißler bekräftigt den vorliegenden Antrag. Auch andere Kommunen hätten sich für die Problematik stark gemacht. Der Antrag solle als ein weiterer Antrag für ein sauberes Melle und eine saubere Innenstadt verstanden werden.

Herr Mittelberg erklärt, dass er nicht zustimmen werde. Bereits jetzt läge eine Ordnungswidrigkeit vor, wenn Zigarettenreste in die Umwelt geworfen würden. Er bittet darum, dass beim Austausch von Mülleimern darauf geachtet würde, diese mit einem Zigarettenrost zu versehen.

Frau Meier erklärt, dass sie es nicht für nötig halte, eine weitere Kampagne durch das Umweltbüro zu lancieren. Es gäbe bereits viel Informationsmaterial. Sie unterstützt die Aussage von Herrn Mittelberg, dass das Wegwerfen der Zigarettenreste bereits eine Ordnungswidrigkeit darstelle. Dennoch befürwortet sie, die Mülleimer bei Austausch mit einem Zigarettenrost auszustatten.

Herr Schürmann befürwortet den Antrag. Vermutlich sei ohnehin schon Informationsmaterial vorhanden. Es könne das Bewusstsein in der Bevölkerung heben.

Herr Weißler bekräftigt den Umweltaspekt und wünschte sich, dass dadurch vermehrt Impulse gesetzt und eine Verbesserung des Umweltbewusstseins erzielt würden.

Herr Thöle weiß um die Belastung des Umweltbüros und betonte, dass für die Kampagne kein großer Aufwand betrieben werden solle. Er wünscht sich eine Sensibilisierung der Bürger. Ggf. könne auf bereits vorhandenes Informationsmaterial zurückgegriffen werden oder mit einfachen Mitteln der Impuls gesetzt werden.

Herr Gerling erklärt, dass die Kampagne die Bürger weiter „wach rütteln“ solle. Er erhofft sich eine Zustimmung aller Gremiumsmitglieder.

Auch Herr Altemöller stimmt dem zu und wünscht sich eine Sensibilisierung der Bevölkerung.

Herr Trenkler betont, dass bereits viele Kampagnen durch das Umweltbüro unterstützt würden.

Herr Große-Johannböcke informiert, dass Frau Meier keine Internetverbindung mehr habe. Somit seien nur noch 10 Gremiumsmitglieder stimmberechtigt.

Herr Trenkler stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die CDU/FDP-Gruppe im Rat hat mit Schreiben vom 13.01.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Melle beantragt, aus Gründen des Umwelt- und Gewässerschutzes eine Informationskampagne zum Thema „Keine Kippen auf den Boden“

zu starten. Hiermit soll bewusst für Umweltgruppen, Kaufleute und Gewerbetreibende, Schulen, Kirchengemeinden, Restaurants, Kultureinrichtungen, Vereine und andere Interessierte die Möglichkeit zur Beteiligung eröffnet werden. Das Umweltbüro der Stadt ist einzubeziehen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten und Kosten einer Beschaffung neuer Abfallbehältnisse zur Entsorgung von Zigarettenresten o.ä. oder deren entsprechende Umrüstung zu prüfen.

**TOP 14 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:
Förderprogramm Regenwasser-Nutzung
Vorlage: 01/2021/0032**

Herr Trenkler erläutert die geänderte Beschlussfassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es sollten Regenwasser-Rückhalte-Anlagen gefördert werden und die Verwaltung mit der Erstellung einer entsprechenden Förderrichtlinie beauftragt werden. Die entsprechenden Mittel wurden auf 10.000 € pro Jahr reduziert. Eine Förderung ist erst möglich, wenn mind. 1 m³ Volumen für Regenrückhaltung installiert würde.

Herr Mittelberg erklärt, dass er dem geänderten Antrag zustimmen könne.

Herr Oberschmidt betont, dass besonders bei Neubauten über das Baurecht eine entsprechende Anlage vorgeschrieben werden könne. Für kleinere Gärten wären auch kleine Regenbehälter ausreichend. Er ist der Meinung, dass die Stadt nicht eingreifen müsse.

Herr Weißler betont, dass durch die Förderung Anreize für eine Regenrückhaltung geschaffen würden. Dem Antrag könne zugestimmt werden.

Herr Schürmann erklärt, dass der Antrag seine Zustimmung erhielt. Unwägbarkeiten seien nicht vorhanden.

Für Herrn Gerling ist die Größenordnung der Förderung fragwürdig.

Herr Trenkler erklärt, dass mit der Förderrichtlinie ein weiterer Anreiz für die Sensibilisierung zur Nutzung von Trinkwasser geschaffen werden solle.

Er stellt den Antrag zur Abstimmung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 19.01.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. eine Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuschüssen für Regenwassernutzungs-Anlagen zu erarbeiten.
2. die entsprechenden Mittel (je 25.000,-€ / Jahr) sind in den Haushalt 2021-2023 zu stellen.
3. Die Verwaltung überprüft, welche Möglichkeiten es gibt, zusätzliche Fördermittel vom Meller Wasserwerk zu bekommen.

4. Von dieser Förderung ausgeschlossen sind Vorhaben, bei denen es bereits eine textliche Festsetzung zur Wasserrückhaltung im Bebauungs-Plan gibt.

TOP 15 Wünsche und Anregungen

Herr Schürmann betont, dass dringlich die Banketten an den Straßen gefräst werden müssten.

Herr Trenkler bedankt sich bei allen Beteiligten und verabschiedet das Gremium.

25.03.2021

gez.
G. Trenkler

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

25.03.2021

gez.
F. Look

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

25.03.2021

gez.
M. Huning

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)